

Land bremst Bau von Großställen

Minister startet Bundesinitiative

Von Hans Brinkmann

HANNOVER. Das Land Niedersachsen will mit einer Änderung des Baugesetzbuches auf Bundesebene weitere großgewerbliche Stallanlagen in Problemgebieten verhindern. Eine entsprechende Initiative kündigte Landwirtschaftsminister Gert Lindemann (CDU) gestern in einem Gespräch mit unserer Zeitung an.

Lindemann erklärte, Landkreise mit einer übermäßigen Viehdichte sollten per Gesetzesänderung die Möglichkeit erhalten, die Errichtung neuer Großställe zu unterbinden. Die sogenannte Privilegierung, die den Bau landwirtschaftlicher Gebäude im Außenbereich ohne Bauplan erlaubt, solle in diesen Gebieten für großgewerbliche Anlagen aufgehoben werden können. Dies beziehe sich aber nicht auf bäuerliche Betriebe.

Als großgewerblich bezeichnete Lindemann Projekte, die wegen ihrer Dimension dem Immissionsschutzrecht unterliegen. Grenzen lägen zum Beispiel bei 2000 Mastschweinen, 800 Rindern oder 40 000 Geflügelplätzen.

Als Kriterium für die Einstufung als überlastetes Gebiet schwebt dem Minister nach eigenen Angaben ein Überschreiten von zwei Großvieheinheiten (GV) pro Hektar Fläche vor. Eine GV entspricht in etwa einem Rind; bei kleineren Tieren erhöht sich die Zahl entsprechend.

Lindemann zufolge ist eine solche Viehdichte mittlerweile in den Landkreisen

Emsland, Cloppenburg, Vechta und Grafschaft Bentheim erreicht. Auch in den Kreisen Osnabrück und Oldenburg nähere man sich bereits dieser Marke.

Der CDU-Politiker kündigte an, die Vorstellungen des Landes möglichst noch in die laufende Beratung der Baugesetzänderung einzubringen. Wenn dies nicht gelinge, solle im Herbst eine Bundesratsinitiative gestartet werden.

Lindemann rechtfertigte es ausdrücklich, das angestrebte Steuerungsinstrument auf Gebiete mit übermäßiger Viehdichte zu beschränken und nicht etwa pauschal auf das ganze Land auszudehnen. „Wir wollen da eingreifen, wo es durch Fehlentwicklungen massive Probleme gibt.“ In Bereichen ohne nennenswerte Nutztierhaltung seien solche Beschränkungen jedoch unangebracht und auch rechtlich nicht haltbar.

Der Landrat des Kreises Emsland, Hermann Bröring (CDU), unterstützte die Position Lindemanns. „Das ist der beste gangbare Weg und ein Vorgehen mit Augenmaß“, betonte gestern Bröring, der seit geraumer Zeit dafür kämpft, agrarindustriellen Auswüchsen entgegenzuwirken.

Dagegen lehnten die Grünen die Vorstellungen des Agrarministers schroff ab. Sie forderten eine landesweite Aufhebung des Bauprivilegs für alle Massentierhaltungsanlagen.

Der Landkreistag plädierte ebenfalls dafür, die Privilegierung gewerblicher Tierhaltungsanlagen einzuschränken.

Grüne: Lindemann-Plan verschärft sogar noch die Probleme

Kontroverse um geplante Beschränkung von Großställen – Lob von Landrat Bröring: Ein optimales Instrument

KOMMENTAR

Handeln tut not

Von Hans Brinkmann

Kein Zweifel: Es gibt Auswüchse im Agrarbereich, die nicht mehr vertretbar sind. In manchen Regionen ballen sich mittlerweile Mastanlagen in einer solchen Dichte und Größenordnung, dass von gesunder bäuerlicher Struktur keine Rede mehr sein kann. Da tut Handeln not.

Spätestens seit dem spektakulären „Notruf“ des einländischen Landrats Bröring mit höchst unkonventionellen Maßnahmen zur Abwehr neuer Tierfabriken ist richtig Bewegung in

das Thema gekommen. Wer hätte vor einem Jahr noch gedacht, dass nun sogar der niedersächsische Agrarminister eine Bundesratsinitiative startet, um zumindest in überlasteten Problemgebieten die Ansiedlung großgewerblicher Ställe zu bremsen?

Der differenzierte Ansatz von Lindemann bietet – anders als so manch radikale Vorschlag – durchaus eine Chance auf Realisierung. Er erlaubt Eingriffe dort, wo weitere Belastungen gerade durch überdimensionierte Projekte unzumutbar sind, aber er lässt auch Raum für

die weitere Entwicklung der Tierhaltung. Dafür sollte sich im Bundestag und Bundesrat eine Mehrheit finden lassen. Aber bis dahin dürfte es noch heftige Diskussionen geben. Grüne und andere möchten am liebsten jedem neuen Maststall einen Ringel vorschieben; Hardliner im Agrarbereich werden hingegen darauf pochen, weiter ungezügel investieren zu können. Am schlimmsten wäre am Ende, wenn gar keine Regelung zustande käme.

h.brinkmann@noz.de

hab **HANNOVER**. Die Pläne von Landwirtschaftsminister Gert Lindemann (CDU), den Bau von großgewerblichen Ställen zu erschweren, stoßen auf ein geteiltes Echo.

Die Grünen nannten den Ansatz, nur in Regionen mit einer bestimmten Viehdichte die Möglichkeit zu schaffen, mit dem Entzug der sogenannten Privilegierung Großställe blockieren zu können, völlig unzureichend. Dies verschärft sogar noch die Probleme vor Ort, sagte Vizefraktionschef Christian Meyer.

„Im Umfeld des von der Landesregierung gewollten Großschlachthofes in Wietze ist eine Tierfabrik dann baurechtlich okay, in Cloppenburg oder dem Emsland die gleiche Anlage mit Tausenden Tieren allerdings nicht,

Jede Tierfabrik hat schädliche Auswirkungen auf Anwohner und Umwelt“, betonte Meyer.

Der Grüne forderte, landesweit einheitliche Einwirkungsinstrumente zu schaffen. Für Projekte ab 30 000 Masthühnern, 15 000 Puten oder 1500 Schweinen müsse die Baumöglichkeit durch Entzug der Privilegierung entzogen werden können.

Für eine solche landesweite Regelung plädierte auch der niedersächsische Landtagspräsident, der im vergangenen Freitag die Grenzen allerdings deutlich höher: Die „Daunen-schrauben“ angezogen werden sollten erst bei Ställen für Mastgeflügel mit mehr als 85 000 Plätzen oder über 3000 Mastschweinen.

Dagegen rühmte der einländische Landrat Hermann

Bröring (CDU) das Konzept von Lindemann. Dort, wo intensive Viehhaltung an ihre Grenzen stoße und ein Ungleichgewicht in der Gesamtentwicklung zu befürchten sei, hätten die Kreise fortan „ein optimales Instrument, um gegenzutreten“. Dies sei ein Vorgehen mit Augenmaß, weil es den unterschiedlichen Strukturen der Landwirtschaft in Deutschland Rechnung trage, meinte Bröring.

Der Landrat hatte für Aufsehen gesorgt, als er den überbordenden Bau von Mastanlagen im Emsland durch Brandschutzanlagen und Keimgutachten einzudämmen versuchte. Zuletzt hatte er verbesserte Steuerungen über das Baugesetz eingefordert und dazu eigene Vorstellungen entwickelt.